Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung

SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1991)

Heft: 1: Energiepolitik konkret!

Artikel: Schweizer Atommüll im atlantischen Ozean!

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586227

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizer Atommüll im Atlantischen Ozean!

Schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs werden radioaktive Abfälle in den Weltmeeren versenkt. Während Jahrzehnten geschah dies ganz nach dem Gusto der einzelnen Staaten, die sich dabei keinerlei Beschränkungen auferlegten.

Mitte der sechziger Jahre beschloss die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD – aus Gründen des Umweltschutzes – eine Regulierung dieser Entsorgungspraxis. Dazu schuf sie 1967 unter Meer eine europäischwe Schutthalde für radioaktive Abfälle; ausgegrenzt wurde ein Gebiet von 4000 Meter Wassertiefe, das rund 700 Kilometer nordwestlich der spanischen Küste liegt. Schon 1974 nahmen allerdings die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden von den Versenkungsaktionen Abstand. Die vier Staaten begründeten ihren Entschluss mit der hohen Gefährdung, die von dieser Entsorgunsweise ausgehe.

Grossbritannien, die Niederlande, Belgien und die Schweiz fuhren mit der kalkulierten Verstrahlung des Atlantischen Ozeans fort. Sie wurden assistiert durch die USA, die noch 1982 in einer einzigen Aktion 10 000 Tonnen radioaktiven Abfall in der europäischen Atomschuttmulde deponierten.

Dominique Calmet, ein Beamter der Internationalen Atomenergie-Agentur IAEA, fasste den Auftrag zur Registrierung des in den Ozeanen versenkten Atommülls 1988 von der Londoner Konvention LDC. In seinem nun vorliegenden Bericht erinnert der Spezialist für nukleare Abfälle daran, dass die Versenkung nie einer sicheren Endlagerung gleichkam: « Auch wenn die Versenkung im Prinzip eine Ausstreuungs- und nicht eine Abkapselungsstrategie darstellt, haben wir immer empfohlen, die Verpackung [des radioaktiven Materials] so zu gestalten, dass die Hüllen zumindest während des Absinkens und des Aufschlagens eine Freisetzung der Radioaktivität zu vermindern vermögen.»

Mit dieser seit Jahren wiederholten Mahnung versuchte die IAEA, bei den Atomversenkern einen Sinneswandel zu erreichen. Diesen war es nämlich kein vordringliches Anliegen, die Radioaktivität von der Meeresumwelt ferzuhalten.

Die jährlich tagende LDC befasst sich seit ihrer 1972 erfolgten Gründung mit dem Problem der nuklearen Abfälle im Meer. 1983 verlangten die Pazifik-Staaten

Nauru und Kiribati – schon gebeutelt durch die französischen Atomversuche in ihrer Nähe – einen sofortigen Stopp aller Versenkungsaktionen. Spanien, das den europäischen Atommüllhaufen vor seiner Tür immer grösser werden sah, peitschte die Resolution schliesslich durch das Gremium. Vereinbart wurde ein zweijähriges Moratorium, und zwar mit einem Stimmenverhältnis von 24 zu sechs. Unter den Neinsagern befand sich die Schweiz.

1984 kam es zu einer weiteren Abstimmung. Während bis 1982 nur schwach- und mittelstarke radioaktive Abfälle in den Ozeanen gelagert wurden, ging es nun um die Bewilligung, auch stark radioaktive Abfälle ins Meer einzubringen. Es bestand damals die Idee, den Abfall in zugespitzten Behältern zu versenken. Diese wären – dank einer genügend hohen Geschwindigkeit – 30 bis 40 Meter in den Meeresgrund eingedrungen.

Die Mehrheit der LDC-Unterzeichner stimmte selbstverständlich dagegen. Nicht so die Schweiz. Sie unterstützte eine Resolution der USA, in der in zynisch anmutender Art argumentiert wurde, die genannte Form der Lagerung unterstehe nicht der LDC, da ja die Behälter eben gerade nicht auf dem Grund liegenblieben. Die Schweiz vertrat so die Ansicht, mit den stark radioaktiven Abfällen dürfe im Meer jeder Staat tun, was er für gut befinde.

1985 ging es um die Verlängerung des Moratoriums. Jetzt entschieden sich fast alle Staaten für ein unbeschränktes Moratorium: es sollte kein radioaktiver Abfall mehr ins Meer geworfen werden. Im Verein mit Grossbritannien, den USA, Südafrika und Frankreich stimmte die Schweiz gegen diese Verlängerung.

An der letzten LDC-Sitzung vom vergangenen November kam das Thema wieder auf den Tisch. Nun wollten einige Nationen hochradioaktiven Abfall in den Gesteinsschichten unter den Ozeanen verlochen; eine Idee, die selbstverständlich durchfiel. Für einmal sprang sogar die Schweiz über ihren Schatten – sie enthielt sich der Stimme.

Allerdings liess der Schweizer Vertreter bei der LDC wissen, dies sei keinesfalls als Präjudiz aufzufassen: «Der Bundesrat hält an der Möglichkeit zur Versenkung von radioaktiven Abfällen im Meer fest.»

Tages-Anzeiger, 29. Januar 1991

